

Aus dem Referat von Hans-Peter Brenner Zur antifaschistischen Arbeit , 11. Parteivortandstagung, Januar 2015

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

Das Sekretariat des PV hatte im Dezember den Beschluss zur Durchführung einer zentralen Beratung zur antifaschistischen Arbeit der DKP gefasst. Sie fand letzten Samstag hier im Hause statt. Wir mussten die Beratung um einen Tag vorziehen, weil zum ursprünglichen Termin, hier ein Essen ein Aufmarsch von 4000 ausländer- und islamfeindlichen – verharmlosend als „Hooligans“ titulierten – Nazis stattfinden sollte. Dass unsere Antifa-Beratung nur 1,5 Wochen nach dem Terroranschlag auf die Satirezeitung „charlie hebdo“ stattfand, gab dieser Beratung eine zusätzliche Aktualität. 19 Genossinnen / Genossen diskutierten engagiert und kompetent über drei Themen:

- Was ist überhaupt unsere Faschismus-Definition?

Dabei ging und geht es vor allem um das Verständnis des inneren Zusammenhanges von Kapitalismus -Imperialismus-Militarismus und Faschismus und um die Vermittlung von Systemfragen. Es geht um die Gewinnung von historisch und aktuell begründeten Einsichten in die Klassenfunktion des Faschismus. Es geht um die Klärung unseres marxistisch-leninistisches Faschismus-Verständnisses, das in der Fortsetzung der Analysen des VII. Kominternkongresses die wichtigsten theoretischen und politischen Erfahrungen über das Wesen des Faschismus und von faschistischen Massenbewegungen zusammengeführt hat. Was ist davon aktuell? Brauchen wir eine grundsätzliche andere Definition?

- Wie schätzen wir die Aktualität des Faschismus ein? Wie bewerten wir die aktuellen fremdenfeindlichen und „antiislamistischen“ Massenbewegungen? Dabei ging und geht es um die Einschätzung der Welle von reaktionären, rassistischen und neofaschistischen Entwicklungen nicht nur in der BRD sondern in ganz Europa. Wir müssen den Blick über den nationalen Tellerrand richten.

Dass die BRD zu einem von offenen Faschisten gestützten und geprägten Regime in der Ukraine nicht nur diplomatische Beziehungen hat, sondern dieses Regime mit an die Macht brachte, zeigt eine neue Qualität der BRD im Umgang mit dem Faschismus.

Dass in der Ukraine die Erinnerungen an die Befreier vom Faschismus gelöscht werden, die Rote Armee sogar vom ukrainischen Ministerpräsidenten im deutschen Fernsehen unwidersprochen als Invasionsarmee titulierte werden konnte, ist ein nicht zu überbietender Zynismus. Dass der Präsident des in der Nachfolge der Hauptkraft der Anti-Hitler-Koalition stehenden Russischen Föderativen Republik zu den

polnischen Gedenkfeiern zur Befreiung von Auschwitz eingeladen wurde, aber der in der juristischen Nachfolge des Nazi-Reiches stehende deutsche Bundespräsident eingeladen wurde, zeugt von der Verkommenheit und dem Zynismus, mit der der antikommunistische und antibolschewistische Geschichtsrevisionismus in den EU-Ländern betrieben wird.

- Auch dadurch bestätigt sich unsere Einschätzung: Es geht im Vorfeld und am 70. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus nicht zuletzt um die Rolle der Kommunistischen Parteien im Kampf gegen Reaktion und Faschismus. Historisch betrachtet waren es die Kommunisten, in Frankreich, Italien, Jugoslawien, Griechenland, Bulgarien, Polen, Deutschland und natürlich in der UdSSR die KP der Bolschewiki, die moralisch, aber vor allem politisch und militärisch die entscheidenden politischen Kräfte des Widerstandes waren. Diese Rolle der Kommunisten bei der Befreiung vom Hitlerfaschismus muss in Erinnerung gebracht werden.

Aber es geht natürlich vor allem um die heutigen Aufgaben. Was tun wir als KP in Deutschland heute, um die Bewegungen gegen Rassismus, Militarismus, Ausländerfeindlichkeit zu entwickeln, zu unterstützen und um darin mehr Einfluss zu gewinnen? Wie organisieren wir uns dafür besser als in der Vergangenheit?

Angesichts der knapp bemessenen Zeitvorgabe kann ich zu diesen Punkten nur Gedanken anreißen. Ich verweise auf das Referat der Antifa-Beratung, das Euch zur Verfügung gestellt wird.

Zu Punkt I: Was ist unser Faschismus-Verständnis?

Damit komme ich zu der kontrovers diskutierten Verbindung unserer antikapitalistischen und antimonopolistischen Strategie mit der antifaschistischen Strategie.

Wir brauchen und wollen als KP in Deutschland mehr als einen „Aufstand der Anständigen“, so bedeutsam auch die sichtbar gewordenen „Buntheit“ und Breite und Differenziertheit der Motive ist, die heute erstaunlich und erfreulich viele Menschen im Kampf gegen Rechtsentwicklung auf die Straßen bringen.

Wir sollten und dürfen bei aller Besorgnis über das so heftig auftretende rechte und neofaschistische Potential nicht besehen, dass wir Zeuge einer doch bedeutsamen und tiefverankerten antirassistischen und antifaschistischen Grundstimmung in der BRD sind.

Ich denke, dass sich darin auch das langjährige Wirken unserer Partei in der Friedens-, der Antifa-, Gewerkschafts- und Jugendbewegung auswirkt. Darauf dürfen auch wir ein bisschen stolz sein.

Was wir aber noch mehr brauchen, das ist vor allem die Gewinnung noch größerer Teile der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung und die

politische Aufklärung über die Rolle des Neofaschismus bei der Spaltung und Schwächung des gemeinsamen Interessenskampfs der arbeitenden Menschen – unabhängig von Herkunft Religion und Nationalität.

Im Entwurf unserer Parteitage-resolution sagen wir: „Als Kommunistinnen und Kommunisten klären wir über den Zusammenhang von Kapitalismus/Imperialismus und Faschismus auf.“

Die Notwendigkeit einer solchen Aufklärungsarbeit wird schnell erkennbar, wenn wir uns die Reden und Argumente anhören, die in den Wochen zum Thema Faschismus zu hören sind.

Da dominieren neben vielen klugen politischen Ausführungen z.T. sogar folkloristische Argumente, wie beim Bonner OB, dem Sozialdemokraten J. Nimptsch, die er vor einer beeindruckenden Demonstration von 4000 Bonnern gegen eine „bogida“ –Provokation unter Leitung der bekannten Neofaschistin Melanie Dittmer auf dem Bonner Marktplatz vortrug.

Nimptsch beschwor die „Heiligen Drei Könige“ als Vorbild für die angeblich unrheinische Ausländerfeindlichkeit der „bogida“Aktivisten. Über diesen Kalauer kann man zwar auf Karnevals-sessionen schmunzeln, als Orientierung für eine bewusste politische Auseinandersetzung mit Xenophobie, Rassismus und Neofaschismus sind solche „Döneken“ allerdings ungeeignet.

Sie verniedlichen objektiv die reale Gefahr und Ursachen von Faschismus bzw. Neofaschismus. Wenn „Antifaschismus“ zu einer Art landsmannschaftlicher Besonderheit mutiert, haben wir es im Grunde mit der Schaffung eines neuen Feindbildes zu tun, dem des „Nicht-Rheinländers“. So etwas brauchen wir nicht.

Faschismus-Definition als ideologisch umkämpfte Frage

Lassen wir einen wichtigen nicht-kommunistischen Faschismus-Forscher, den vor einem Jahr verstorbenen Marburger Prof. R. Kühnl, zu Wort kommen.

Kühnl hat schon vor vielen Jahren darauf hingewiesen, dass die Auseinandersetzung mit dem historischen und aktuellen Faschismus bzw. Neofaschismus vor dem Hintergrund einer äußerst widersprüchlichen und gegensätzlichen Theoriebildung stattfindet, die nach 1945 stark von den Wirkungen des kalten Krieges beeinflusst wurde.

Darin drückt sich auch auf diesem Gebiet die politische Funktionalisierung geschichtswissenschaftlicher und soziologischer Theorien und Forschungsansätze aus. Bzgl. der Interpretation des real-historischen Faschismus und des Faschismusbegriffs gilt diese Abhängigkeit aber besonders stark.

Kühnl zitierte zur Ideologieträchtigkeit der Faschismustheorie den US-amerikanischen Historiker H.A. Turner: „Entspricht die weitverbreitete Ansicht, dass der Faschismus ein Produkt des modernen Kapitalismus ist, den Tatsachen, dann ist dieses System kaum zu verteidigen. Ist diese Meinung jedoch falsch, dann ist es auch die Voraussetzung, auf der die Einstellung vieler Menschen im Osten wie im Westen zur kapitalistischen Wirtschaftsordnung beruht.“

Längst in Vergessenheit geraten ist der ursprüngliche Konsens der Siegermächte, dass die deutsche Großindustrie und die deutschen Großbanken die Hauptförderer und Nutznießer des deutschen Faschismus waren (s. die Ermittlungsberichte der Militäradministration der USA zur Rolle der Deutschen Bank ,etc. von 1946/47 – die sog. „O.M.G.U.S.“-Berichte).

Dieser Konsens hat sich schnell mit dem Zerfall der Anti-Hitler-Koalition und der Wiederbelebung der antibolschewistischen und antikommunistischen Hetzpropaganda zum Zweck der ideologischen Absicherung des vom amerikanischen und britischen Imperialismus initiierten Kalten Krieges aufgelöst.

Ich habe jetzt nicht vor einen Überblick über all die verschiedenen Faschismustheorien zu geben; das erforderte ein ganz eigenes Seminar. Ich verweise aber kurz auf die wichtigsten.

- Faschismus als Produkt des „Führers“
- Faschismus als kleinbürgerliche Mittelstandsbewegung
- Linksfreudianischer und „sozialpsychologischer“ Faschismus-Begriff (Reich / Fromm / Hacker)
- Totalitarismustheoretische Faschismusdefinition
- „Antikapitalistische“ Faschismusdefinition der „kritischen Theorie“ (Horkheimer/Adorno)
- Theorie vom „religiös-fundamentalistischen“ – d.h. vor allem vom „islamischen Faschismus“

Auf eine dieser sechs Theorien will ich kurz eingehen, den Faschismus-Begriff der „kritischen Theorie“.

Dieser deckt sich in einigen Bereichen auch mit unserem marxistisch-leninistischen Faschismus-Begriff. Aber er weist auch klare Unterschiede auf.

Die besondere Verantwortung der reaktionärsten Kräfte des Monopolkapitals wird zugunsten einer letztlich doch oberflächlich bleibenden Kritik am „autoritären kapitalistischen System“ relativiert. Ich erinnere mich an einen Demo-Spruch, den wir oft im Gefolge der „68er-Bewegung“ auf Demos gegen die NPD skandierten: „Kapitalismus führt zum Faschismus- Kapitalismus muss weg!“

Dieser Parole lag ein Gedanken eines der wichtigsten Theoretiker der sog. „kritischen Theorie“, Max Horkheimer, zugrunde. „Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, der sollte auch vom Faschismus schweigen!“ (Die Juden und Europa.. Gesammelte Werke, Band 4, S.208)

Es ist natürlich richtig: Antifaschismus und Antikapitalismus gehören zusammen.

Der Bundessprecher der VVN-BdA Ulrich Schneider erinnert zu Beginn seines „Basistextes Antifaschismus“ an ein Gedicht des linken österreichisch-jüdischen Dichters Erich Fried:

„Ein Faschist, der nichts ist
als ein Faschist,
ist ein Faschist.
Aber ein Antifaschist,
der nichts ist
als ein Antifaschist,
ist kein Antifaschist.“

Mit dieser Einschätzung wird aber sowohl der Charakter des Faschismus als einer Negation der bürgerlichen Demokratie verharmlost, als auch der qualitative Unterschied zwischen der „normalen“ Ausprägung der kapitalistischen Klassenherrschaft in Form der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie und der offenen, terroristischen Diktatur verharmlost.

Begrenzt und in ihrer Potenz zur Formierung breiter antifaschistischer Bündnisse geschwächt wird die breite auf die Einheit von revolutionärer und reformistischer Arbeiterbewegung mit den anderen nichtfaschistischen Kräften ausgerichtete Strategie. Und so interessant Einzelergebnisse in der Tradition der Charakterstudien von Adorno auch sein mögen, z.B. über die Korrelation von Aggressivität, Konventionalismus und Aberglaube in der Gedankenwelt von autoritär orientierten Individuen, so wenig ergibt die Beschäftigung mit diesen Studien Aufschluss über die gesellschaftlichen und politischen Voraussetzungen, unter denen aus autoritärem und profaschistischem „Potential“ eine reale faschistische Praxis entsteht.

Zu Punkt II: Entwicklung unserer Faschismus-Theorie und antifaschistischen Strategie

Die marxistische Faschismus-Forschung ist entgegen mancherlei Behauptungen nicht beim VII. Komintern-Kongress von 1935 stehen geblieben.

Schon die KPD hat auf ihren „Brüsseler“ bzw. „Berner“ Parteikonferenzen von 1935 bzw. 1939 einige Gedanken des VII. Weltkongresses weiterentwickelt und vertieft.

Die Brüsseler KPD-Konferenz nahm einen Gedanken aus Ernst Thälmanns letzter Rede vor der letzten Beratung mit führenden Parteifunktionären in Ziegenhals im Februar 1933 auf: Danach ist das erste Ziel der antifaschistischen Strategie, der Sturz des Faschismus, nicht gleichzusetzen mit der proletarischen Revolution und der Errichtung eines „Sowjetdeutschland“.

Und die Berner Konferenz bestimmte diese nächste zu erkämpfende post-faschistische Etappe, als den Aufbau einer antifaschistischen, „demokratischen Republik.“

Die KPD präziserte also die Politik der antifaschistische Einheits- und Volksfront ganz erheblich und mit einem sehr kritischen Blick auf Fehler in der eigenen Bündnispolitik.

In der historischen ersten ZK-Erklärung der KPD nach dem Sieg über den Hitlerfaschismus vom 12.6.1945 beschrieb dann unsere Partei dieses neue Ziel der antifaschistischen „demokratischen Republik“ genauer. Sie bildete die konzeptionelle Grundlage für die dann 1949 entstandene DDR. Unsere Partei nutzte auch diese Erklärung zu einer genaueren und sehr selbstkritischen Untersuchung der Wirkungsweise der faschistischen Ideologie und Propaganda auf das Massenbewusstsein der Arbeiterklasse und leistete auch damit einen Beitrag zur Weiterentwicklung unserer Faschismustheorie.

In der Tradition dieser Analysen stehen nach 1945 vor allem die Arbeiten der marxistischen Faschismusforscher K. Gossweiler (DDR) und R. Opitz (BRD).

Sie fragen vor allem nach dem „Klassencharakter“ faschistischer Politik und der Differenziertheit der unterschiedlichen Gruppierungen und Cliques im Industrie- und Finanzkapital und der Mechanismen der Verquickung zwischen Monopolen und faschistischer Machtstruktur. Der Faschismus werde „weder von der sozialen Herkunft der faschistischen Führer noch von der sozialen Zusammensetzung der faschistischen Parteien und deren Anhängerschaft bestimmt, noch auch von den Programmen und Parolen, mit denen die faschistische Propaganda einen Massenanhang zu gewinnen sucht. Sein Klassencharakter wird wie der jeder anderen politischen Kraft einzig und allein von seiner Politik bestimmt.“ (Gossweiler)

Wir selbst sagen als DKP im Entwurf unserer Parteitagsresolution: „Wir machen deutlich, dass Faschismus an der Macht die Diktatur der aggressivsten und am meisten reaktionären Teile des Finanzkapitals ist.“

Zu linker Kritik am VII. Komintern-Kongress

Entgegen mancher – manchmal wohlmeinend gemeinter – Kritik von links an der Definition des VII. Weltkongresses hat die von G. Dimitroff vorgetragene marxistisch-leninistische Faschismusdefinition nicht nur auf „rein ökonomische“ Strukturen und Hintergründe des Faschismus orientiert. Sie umfasst die Analyse der Wirkungsweise der faschistischen Propaganda und insbesondere ihrer sozialen Demagogie. Die Komintern-Definition hat auch die unterschiedlichen Tendenzen innerhalb der Monopolbourgeoisie differenziert und die Vielfalt faschistischer Herrschaftsformen und Übergänge zur offenen faschistischen Diktatur untersucht. Sie hat zudem die nationalen Besonderheiten verschiedener Faschismustypen berücksichtigt. Sie besitzt den großen Vorzug, dass sie nicht nur empirisch sehr gut belegt war und ist und das Faschismusproblem entmystifiziert hat, sondern dass sie darüber hinaus den Blick über den Zeitraum von 1933-1945 ermöglicht hat, weil sie die systembedingten sozialen und politischen Wurzeln und Triebkräfte erklärt und damit auch den Blick für politische Alternativen zur Bekämpfung des Faschismus geöffnet hat.

Sie braucht keine „Ergänzungen“ durch diese oder jene soziologischen und psychologischen Erkenntnisse, das sage ich auch als studierter und promovierter Psychologe. Aber sie benötigt die jeweils notwendige fortlaufende wissenschaftliche Analyse neuer Erscheinungsformen, neuer Zugänge und neuer Strategien des zeitgenössischen Faschismus / Neofaschismus.

Die marxistisch-leninistische Faschismustheorie braucht auch nicht- wie Vertreter der an der „Euro-Linken“ orientierten Genossinnen und Genossen wie L. Maier meinen – eine Art „Erneuerung“ im Sinne einer reformistisch uminterpretierten Hegemonietheorie von A. Gramsci. Es war doch bereits Clara Zetkin, die 1923 im Rahmen ihrer großen Faschismus-Rede vor dem EKKI untersucht hatte, mit welchem agitatorischem Geschick die Faschisten bereits in ihrer Frühphase recht erfolgreich begannen, eine Vielfalt echter Bedürfnisse aufzugreifen und damit bereits vor der Machteroberung in weiten Bereichen der Werktätigen eine politisch-kulturelle Hegemonie errangen.

Nicht nur durch Aufgreifen von Forderungen nach sozialen und ökonomischen Reformen für die arbeitende Bevölkerung, sondern mit einem recht umfassenden Programm, das „von großer Anziehungskraft auf breite Massen“ war. (Clara Zetkin: Zur Theorie und Taktik der kommunistischen Bewegung, Reclam, Leipzig 1974, S. 310)

Zum Programm der Mussolini-Faschisten gehörten auch Forderungen nach

– Sicherheit im Alter und Invalidität,

– nach Mitbeteiligung an der „technischen Leitung der Betriebe“- eine Art faschistischer Variante der sozialdemokratischen Forderungen nach „Wirtschaftsdemokratie“ – und überhaupt

– nach Gerechtigkeit, die teilweise sogar den Charakter der `Eropriation des Kapitals` tragen sollte.“ (S. 313)

Für den Hitlerfaschismus war eine besonders lügnerische und raffinierte Propaganda und Umschmeichelung der berechtigten Sehnsüchte nach „Gleichheit“ aller Völker sowie nach „Frieden“ typisch, bevor er mit dem Überfall auf Polen endgültig seine Maske fallen ließ.

Mit z.T. antikapitalistischem Vokabular gelang es dem Faschismus auch ehemals sozialistisch beeinflusste größere Proletarierschichten ideologisch zu gewinnen – nicht nur Deklassierte und nicht nur „politisch schwankende“ Kleinbürger. Auch Teile der Arbeiterklasse wurden „vom Faschismus berauscht und vergiftet.“ (Zetkin, S. 319)

Die Frage der Gewinnung der ideologischen und kulturellen Hegemonie und die Schaffung eines geistigen und nicht nur rein politischen und sozialen Gegenwichts durch die Kommunisten war eine der wichtige Konsequenzen, zu denen Zetkin und andere Vertreter der Komintern aufriefen. Es sei nötig – so Zetkin – den Faschismus aber nicht als einen „monolithen Block“ anzusehen. „Wir müssen mit größer Energie den Kampf aufnehmen nicht nur um die Seelen der Proletarier, sondern auch um die Seelen der Klein- und Mittelbürger, der Kleinbauern, Intellektuellen, kurz alle der Schichten, die heute durch ihre wirtschaftliche und soziale Stellung in wachsenden Gegensatz zum Großkapitalismus kommen und damit zum scharfen Kampf gegen ihn.“ (320)

Sind reaktionäre und profaschistische Massenbewegungen eine neue Erscheinung?

In der Alt-BRD gab es , wie die alten “Sinus-Studien“ noch weit vor 1989 belegten, immer einen festen Sockel alter und neofaschistischer Auffassungen.

R. Kühnl verweist im Materialanhang zu seinem Band „Gefahr von rechts? Vergangenheit und Gegenwart der extremen Rechten“ (1990/1991) auf die erschreckenden Ergebnisse der SINUS-Studie von 1981. Danach hatten 13 % der bundesdeutschen Wähler ein „geschlossenes rechtsextremes Weltbild“.

Kühnl verwies auch auf eine der zahlreichen Studien des Bielefelder Pädagogen Wilhelm Heitmeyer, der damals und bis heute die politischen Einstellungen besonders unter Jugendlichen erforscht. Heitmeyer verglich 1987 den Stand des sog. „autoritär-nationalistischen Einflusses auf 16- bis 18 jährige mit den Ergebnissen der Shell-Studie von 1981. Die Zustimmungen zur Parole „Deutschland der Deutschen“

stieg von 36,2% auf 43,5%. Und die Losung: „Kanaken raus“ fand bei 37,4% (gegenüber 24,8 %) Zustimmung.

Die von der Friedrich-Ebert-Stiftung herausgegeben „Extremismus“-Studie kam ähnlich wie Kühnl im November 2012 zu folgender Erkenntnis: 9 Prozent der Bevölkerung besitzen ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild (Zur Erinnerung: die SINUS-Studie von 1981 sprach von 13% !!). In Ostdeutschland war in dieser Hinsicht ein massiver Anstieg zu verzeichnen. Dort war der Anteil derjenigen mit rechtem Gedankengut von 10,5 Prozent im Jahr 2010 auf jetzt 15,8 Prozent gewachsen. Im Westen ging dagegen der Anteil von 7,6 auf 7,3 Prozent etwas zurück.

Mit 25,1 Prozent in ganz Deutschland war Ausländerfeindlichkeit die am weitesten verbreitete rechtsextreme Position. Mehr als 30 Prozent der Bevölkerung stimmten laut Studie der Einschätzung zu: «Ausländer kommen, um den Sozialstaat auszunutzen.»

Ein ebenso großer Anteil meinte, bei knappen Arbeitsplätzen sollte man «Ausländer wieder in ihre Heimat schicken», und durch «die vielen Ausländer» werde Deutschland «in einem gefährlichen Maß überfremdet».

Die Feindseligkeit gegenüber dem Islam ist der Studie zufolge besonders ausgeprägt. Der Aussage «Für Muslime in Deutschland sollte die Religionsausübung erheblich eingeschränkt werden» schließen sich 58,4 Prozent der Bevölkerung an – in Ostdeutschland sogar 75,7 Prozent.

Gut jeder Vierte wünscht sich laut der Umfrage eine «starke Partei», die die «Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert». Mehr als jeder Zehnte sehnt sich nach einem «Führer», der «Deutschland zum Wohle aller mit harter Hand regiert» und hält eine Diktatur für die bessere Staatsform. Damals bereits hatte in Dresden, dem späteren Geburtsort von „Pegida“, der Vorsitzender der Dresdner Initiative „Bürger.Courage“, Christian Demuth, diese Studie so kommentiert: „Wir haben ein grundsätzliches Problem mit Rassismus und Menschenfeindlichkeit, in West-, aber gerade auch in Ostdeutschland.“

Mit Blick auf Sachsen schein zwar die NPD derzeit einen Niedergang zu erleben, doch das Problem rechtsextremer Einstellungen sei damit nicht beseitigt. Die Studie zeige, dass die zunehmende soziale Spaltung die Menschen gegeneinander aufhetze.

Seit Jahren zeigen die Studien einen Zusammenhang zwischen der sozialen Spaltung und zunehmender Menschenfeindlichkeit. Wenn Menschen etwa immer stärker in die Kategorien „nützlich“ und „nicht nützlich“ eingeteilt würden, ist es nicht überraschend, dass Feindseligkeit gegen Menschen zunimmt.

Die FES-Studie ergab weiter: Während in Westdeutschland jeder Fünfte eine solche rechte Einstellung hatte, waren es im Osten 39 Prozent. In der Altersgruppe zwischen 14 bis 30 Jahre wiesen die Ostdeutschen anders als in früheren Befragungen bei der Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur oder der Verharmlosung des Nationalsozialismus höhere Werte auf als bei den über 60-Jährigen. Antisemitismus ist demnach bei rund jedem elften Bundesbürger deutlich ausgeprägt. Anders als früher sei bei den Ostdeutschen Judenfeindlichkeit inzwischen stärker ausgeprägt als bei Westdeutschen, heißt es weiter. Diese Einstellung sei am weitesten unter Rentnern verbreitet. Vorurteile gegen Ausländer hätten am häufigsten Arbeitslose. (Zahlen und Zitate nach: LVZ-Online, 12.11.2012)

Haben wir es heute mit einer unmittelbaren faschistischen Gefahr in der BRD zu tun?

Die verschärfte Rechtsentwicklung und das derzeitige Erstarren reaktionärer und neofaschistischer Strömungen fällt nicht vom Himmel und ist auch nicht per Zufall so virulent. Sie ist Teil und Resultat einer umfassenden gesellschaftspolitischen sozialreaktionären Umbaus des staatsmonopolkapitalistischen Systems der BRD. Diese Entwicklung ist nicht völlig neu.

Man darf aber nicht vorschnell eine jedwede reaktionäre Entwicklung bereits als Teil eines automatischen „Faschisierungsprozesses“ missverstehen. Dies war einer der großen Fehler westdeutscher Maoisten, die bereits in den 70er Jahren viel zu vorschnell von der „Faschisierung von Staat und Gesellschaft“ sprachen.

Man darf natürlich solche autoritären Entwicklung auch nicht abkoppeln von möglichen Übergängen hin zum Faschismus. Es gilt aber , dass wir den möglichen Umschlag von Quantität in Qualität genau und konkret analysieren müssen, bevor wir zu solchen einschneidenden Einschätzungen kommen könnten, dass die BRD auf dem Vormarsch in Richtung Faschismus sei.

Im aktuellen Stadium, das wir sowohl im Parteiprogramm wie im Entwurf der Hauptresolution des 21. Parteitags mit dem Begriff vom „Ausbau des autoritären Sicherheitsstaat“ bezeichnen und einschätzen, verdeutlichen wir, dass wir eine neu heranwachsende reaktionäre Herrschaftsoption der dominierenden Teile des Monopolkapitals erkennen. Das aber ist noch längst keine klare Entscheidung für einen Richtungswechsel weg von der bürgerlichen parlamentarischen Demokratie hin in Richtung Faschismus.

Wir verweisen im Entwurf der politischen Resolution des 21. Parteitags im Abschnitt „Die Rechtsgefahr wächst“ zunächst auf folgende Situation:

„Die Entwicklung zu einem autoritären Sicherheitsstaat vertieft und beschleunigt sich. Demokratische Rechte werden abgebaut, politisch Aktive

bespitzelt. Die staatlichen Repressionsorgane werden aggressiver und bekommen mehr Rechte, Möglichkeiten und Mittel.

Der Einsatz der Bundeswehr im Inneren wird geprobt und durch Strukturen der zivil-militärischen Zusammenarbeit ermöglicht. Der Militarismus wird begleitet von Nationalismus und Rassismus.

Einflussreiche konservative und reaktionäre Kreise der Monopolbourgeoisie bedienen sich wieder offen faschistischer Kräfte als Druckmittel von rechts. Das Zusammenspiel mit den Staatsorganen ist durch den NSU-Skandal offensichtlich geworden, Scharnierkräfte, die den Übergang zum Bürgertum ebnen, gibt es unter anderem mit der AfD. Der Widerstand gegen Neofaschisten wird kriminalisiert.“

Damit erfassen wir durchaus die relevanten reaktionären Tendenzen und Kräfte und machen auch auf die wachsende neofaschistischen Risiken aufmerksam. Es ist in diesem Zusammenhang wichtig, die Rolle von faschistischen und neofaschistischen Massenströmungen und die Entstehung einer profaschistischen oder offen faschistischen Massenbasis zu verstehen.

Verschiedene Formen des Faschismus

Das Faschismusseminar an der Karl-Liebknecht-Schule vom vergangenen November hat u.a. ein Arbeitspapier zur Frage der Formen und der Rolle der faschistischen Massenbasis verfasst. Darin heißt es m.E. ganz im Sinne der historischen Erfahrungen unserer Bewegung:

„Wenn wir die Faschismus-Definition von Dimitroff unserer Antifa-Politik zugrunde legen, ist zu beachten, dass diese natürlich stark von der Erscheinungsform des deutschen Faschismus geprägt wurde. Dimitroff selbst verwies darauf, dass der Faschismus ungeachtet seines gleichbleibenden Wesens zum einen in verschiedenen nationalen Spielarten auftritt (Hitler-, Nazi-, Mussolini-, Monarcho-, Klerikalfaschismus z. B.) und zum anderen eine geschichtliche Entwicklung durchläuft, bei der auf jeder Entwicklungsstufe neue Besonderheiten auftreten. Seine Faschismus-Definition drückt dennoch die Gemeinsamkeiten aus: es handelt sich um terroristische Diktaturen, chauvinistisch und expansiv. Die Hauptunterschiede liegen für uns darin, ob faschistische Bewegungen und Regimes sich allein auf die Gewalt stützen oder auch auf ideologische Beeinflussung setzen, d.h. ob es

sich um Militärdiktaturen handelt oder um Diktaturen mit faschistischen Massenparteien.“

Der offene Faschismus entwickelt sich in der Regel über Vorbereitungsstufen und Übergangsphasen. Wie bereits Dimitroff auf dem VII. Weltkongress formulierte, gelangt der Faschismus nicht mit einem Schlag und auf einen gemeinsamen Beschluss irgendwelcher ominöser kapitalistischer Führungskreise zur Macht.

G. Dimitroff sagte: „Genossen, man darf sich den Machtantritt des Faschismus nicht so simpel und glatt vorstellen, als ob irgendein Komitee des Finanzkapitals den Beschluß faßt, an diesem und diesem Tage die faschistische Diktatur aufzurichten. In Wirklichkeit gelangt der Faschismus gewöhnlich zur Macht im gegenseitigen, zuweilen scharfen Kampf mit den alten bürgerlichen Parteien oder mit einem bestimmten Teil dieser Parteien, im Kampf sogar innerhalb des faschistischen Lagers selbst, der manchmal bis zu bewaffneten Zusammenstößen führt, wie wir das in Deutschland, Österreich und anderen Ländern gesehen haben. Alles das verringert indessen nicht die Bedeutung der Tatsache, daß vor der Errichtung der faschistischen Diktatur die bürgerlichen Regierungen in der Regel eine Reihe von Vorbereitungsstufen durchlaufen und eine Reihe reaktionärer Maßnahmen durchführen, die den Machtantritt des Faschismus unmittelbar fördern. Wer in diesen Vorbereitungsstufen nicht gegen die reaktionären Maßnahmen der Bourgeoisie und gegen den anwachsenden Faschismus kämpft, der ist nicht imstande, den Sieg des Faschismus zu verhindern, der erleichtert ihn vielmehr.“(VII. Kongress der Kommunistischen Internationale. Gekürztes stenographisches Protokoll, Moskau 1939, S. 127)

Wie wirken wir im Sinne des Stopps und der Bekämpfung solcher Übergänge? Im weiteren Verlauf unserer Parteitage resolution sagen wir im Kapitel „Unser antifaschistischer Kampf“ folgendes:

„Unser antifaschistischer Kampf kann und darf sich nicht auf den Kampf gegen Aktionen von Neofaschisten und das Verbreiten ihrer Ideologie reduzieren. Wir bekämpfen die allgemeine Rechtsentwicklung und verbinden unsere Aktivitäten gegen rechts mit dem Kampf gegen sozialen Kahlschlag. Denn Rechtsentwicklung und Faschismus dienen der Spaltung der Beherrschten, ebnet damit den Weg für die Durchsetzung der Interessen des Monopolkapitals. Wir kämpfen um das Vermächtnis des antifaschistischen Widerstands und verteidigen das antifaschistische Erbe der DDR.

Es gibt kein Recht auf die Verbreitung von Kriegshetze, Faschismus, Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit, deswegen sagen wir: Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen. ...

Auch der Ausbau des Überwachungsstaates ist die Vorbereitung auf mögliche Proteste gegen die reaktionäre Politik der Herrschenden. Die Instrumente zielen nach links. Geheimdienste und staatliche Repressionsorgane sind in der Regel auf dem rechten Auge blind. Wir kämpfen gegen den Überwachungsstaat und dessen Ausbau, wir fordern die Auflösung der Geheimdienste BND, MAD und Verfassungsschutz und der geheimdienstlichen Strukturen bei Polizei und Bundespolizei. „

Damit leisten wir einen Beitrag , dem Faschismus den Aufbau einer sozialen und politischen Massenbasis zu erschweren und dieser teilweise den Boden zu entziehen